

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 28 – Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU

Dazu sagt der wirtschaftspolitische Sprecher
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Andreas Tietze:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 139.11 / 25.02.2011

Wir brauchen gute Standards, die für alle gelten

Ab dem 1. Mai 2011 gilt es: Es geht um die Frage, ob sich Deutschland in Europa einen Namen als Lohndrucker machen will oder ob Deutschland ein Motor des sozialen Fortschritts für Europa sein will.

Daher ist der 1. Mai 2011 ein wichtiger Tag für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt auch in Schleswig-Holstein. Ab diesem Datum steht der deutsche Arbeitsmarkt allen ArbeitnehmerInnen aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn offen.

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit gestattet es den BürgerInnen aus fast allen EU-Ländern - Ausnahmen Bulgarien und Rumänien - ohne Einschränkungen eine Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen. Um sich auf diese Situation vorzubereiten, hatte sich die rot-schwarze Bundesregierung schon 2008 eine Übergangszeit ausbedungen.

Deutschland ignoriert seit Jahren den europäischen Trend und die positiven Erfahrungen der Länder, die auf Beschränkung der Freizügigkeit von vornherein verzichtet haben.

Statt sich für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und auf einen klugen Mix aus einem besseren Arbeitsmarktzugang für ausländische Fachkräfte zu setzen, weinen Sie von CDU und FDP die ganzen Jahre Krokodilstränen über den großen Fachkräftemangel.

Den negativen Auswirkungen einer solchen Abschottungspolitik haben Sie sich weder im Land noch im Bund wirklich gestellt.

Die unnötige Verlängerung der Freizügigkeitsbeschränkung konterkarierte die Ziele ei-

nes kulturellen Austausches und einer wettbewerbsfähigen Beschäftigungspolitik in Deutschland.

Studien aus Großbritannien haben schon vor Jahren aufgezeigt, dass die Öffnung des britischen Arbeitsmarktes nicht nur die Wirtschaft bereicherte, sondern auch zur konstruktiven Völkerverständigung zwischen Britten und den Mittel- und Osteuropäern beigetragen hat. Eine Entwicklung der europäischen Integration, die an Deutschland vorbei gezogen ist.

Ich bin überzeugt davon: Im „War of Talents“ ist bei uns eine Menge schief gelaufen. Die letzten Jahre waren für Deutschland verlorene Jahre beim Wettbewerb um die besten Hände und Köpfe.

Und nun - kurz vor dem unwiderruflichen Start der Freizügigkeit gibt es keine fairen Wettbewerbsregeln auf dem deutschen Arbeitsmarkt und auch keine effektiven Maßnahmen gegen Lohndumping – das ist richtig peinlich.

Weil das so ist, drohen der Wirtschaft und den Beschäftigten in Deutschland und eben auch in Schleswig-Holstein Billigkonkurrenz und eine Ausweitung des Niedriglohnsektors.

Oder ist das sogar von CDU und FDP so gewollt? Das kann ich mir nicht vorstellen, denn Dumpinglöhne bedrohen die Existenz gerade der kleinen und mittleren Unternehmen, die sehr lohnintensiv wirtschaften.

Was brauchen wir bis zum 1. Mai 2011? Aus Grüner Sicht einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn jetzt und darüber hinausgehend Branchen-Mindestlöhne, nur so kann ein umfassendes Lohndumping beim Start der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit noch verhindert werden.

In 20 EU-Ländern gibt es einen branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohn, in weiteren sechs Ländern gibt es gleichwirkende Regelungen zur Eindämmung von Niedriglöhnen. Nur bei uns gibt es für die ArbeitnehmerInnen keinen Schutz vor Lohndumping. Und dieser Schutz muss dringend eingeführt werden.

Nach Prognosen der Bundesagentur für Arbeit wird mit jährlich bis zu 140.000 zusätzlichen Arbeitskräften aus dem Ausland gerechnet. Es macht fassungslos, dass weder Bundesregierung noch die Landesregierung von Schleswig-Holstein sich ernsthaft mit den Folgen der neuen Freizügigkeit auseinander gesetzt haben.

So kann es nicht weitergehen. Wir brauchen gute Standards, die für alle gelten, und – um es mal mit Bundespräsident Wulff zu sagen – wir müssen weltoffen, flexibel, modern und zukunfts zugewandt sein, wenn wir im Wettbewerb um die klügsten und besten Köpfe bestehen wollen.

Vor allem in Sachen Weltoffenheit können hier sicherlich noch ein paar Leute etwas dazulernen.
